

Landeshauptstadt Magdeburg
Interfraktioneller Änderungsantrag

A0126/15/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0126/15	03.11.2015

Absender Fraktion CDU/FDP/BfM, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 05.11.2015
Kurztitel Unterstützung des Kriseninterventionsdienstes	

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt/geändert (Fettdruck):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen eine Änderung der „Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit“ mit dem Ziel der Gewährung von Entschädigungsansprüchen analog § 10 des Brandschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (BrSchG) für die Mitglieder, bzw. deren Arbeitgeber, des Kriseninterventionsdienstes (KID) des HILFE FÜR HELFER IN NOT / POLIZEI-FEUERWEHR-RETTUNGSDIENST e.V. **und der Notfallseelsorge des evangelischen Kirchkreises** hätte.

Begründung:

Die Mitglieder des Kriseninterventionsdienstes (KID) **und der Notfallseelsorge sind im monatlichen Wechsel in der Landeshauptstadt Magdeburg** rein ehrenamtlich unterwegs. **Des Weiteren soll mit diesem Antrag der Empfehlung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), in den Kommunen eine Psychosoziale Notfallversorgung vorzuhalten, Rechnung getragen werden.**

Weitere Begründungen gegebenenfalls mündlich.

Wigbert Schwenke MdL
Fraktion CDU/FDP/BfM

Jens Rösler
SPD-Stadtratsfraktion

Frank Theile
Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei

Olaf Meister
Fraktion Bündnis90/Die Grünen